

NORDIRLAND

Durchbruch in Belfast

Die Altrevolutionäre, die sich seit Jahren regelmäßig im Belfaster „Felons Club“ treffen, haben zweierlei gemeinsam: eine Haftstrafe in britischen Gefängnissen und eine angeblich glorreiche Vergangenheit als Kämpfer der katholischen IRA. Beides bietet Stoff genug, um in Erinnerungen zu schwelgen und über den Sittenverfall des Nachwuchses zu moseern, der sich offenbar mehr für Drogengeschäfte als für die Wiedervereinigung der britischen Unruheprovinz mit der Republik Irland interessiert. Allenfalls haben die alten Herren noch genügend Einfluss, besonders üblen Strolchen die Kniekehlen durchschießen zu lassen. Der Belfaster Veteranenverband könnte jetzt als Muster dienen für alle verbliebenen Kämpfer, denen vergangene Woche in einem Aufruf der IRA-Führung befohlen wurde, „die Waffen niederzulegen“. Nach 36 Jahren und der Ermordung von 1800 Menschen erklärt die antibritische Untergrundarmee einseitig das „Ende des bewaffneten Kampfs“ – ein Triumph vor allem für Londons Premier Tony Blair, der acht Jahre lang persönlich die Verhandlungen vorangetrieben hatte. Ihm gilt dieser Friedensschluss als Indiz dafür, dass selbst ein solch verfahrenerer Konflikt wie der Kampf zwischen Israelis und Palästinensern politisch gelöst werden kann. Die von Großbritannien und den protestan-



Wandbild in Belfast

IRAN

„Kämpfen bis zum Schluss“



Der Teheraner Rechtsanwalt Jussuf Molai über den lebensbedrohlichen Hungerstreik seines Mandanten Akbar Gadschi, 45, der mit Enthüllungen über die Verwicklung führender Mul-

lahs und Politiker in Mordkomplotte Aufsehen erregte. Für seine Teilnahme an einer regimiekritischen Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung 2000 in Berlin wurde Gadschi zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

SPIEGEL: Ist Ihr Mandant, der aus Protest gegen seine Haftbedingungen am 11. Juni in den Hungerstreik getreten ist, ins Koma gefallen?

Molai: Da keiner seiner drei Anwälte zu Akbar Gadschi vorgelassen wurde, stütze ich mich auf das Urteil seiner Frau Massume Schafii. Sie konnte ihren Mann am späten Donnerstagabend im Hospital besuchen. Als er sie begrüßen wollte, ist er ohnmächtig geworden. Am

Freitagabend aber konnte er sich schon wieder mit ihr unterhalten.

SPIEGEL: Die Leitung des Teheraner Milad-Krankenhauses behauptet, Gadschi sei nur wegen einer Meniskus-Verletzung eingeliefert worden.

Molai: Er musste am 17. Juli eingeliefert werden, weil ihn sein Hungerstreik bereits bedrohlich geschwächt hatte. Auch Hinweise, dass er wieder Nahrung zu sich nehmen, kann ich nicht bestätigen, im Gegenteil. Wir sind sehr besorgt, rechnen jederzeit mit dem Schlimmsten. Wir verlangen eine Betreuung durch Mediziner unseres Vertrauens, etwa durch Ärzte ohne Grenzen.

SPIEGEL: In einer Mitteilung aus der Haft heißt es angeblich: „Sollte mir et-

was zustoßen, trägt Revolutionsführer Chamenei dafür die Verantwortung.“

Molai: Er hat in der Zelle Briefe geschrieben, die sehr hart waren. Richtig ist, dass er Angst hatte, umgebracht zu werden.

SPIEGEL: Immerhin war er Ende Mai aus dem Gefängnis entlassen worden.

Molai: Das war nur ein Hafturlaub, weil es ihm auch da schon körperlich nicht gut ging. Selbst diese wenigen Tage hatte er sich durch einen Hungerstreik erretzen müssen. Als er sich dann mit kritischen Äußerungen nicht zurückhalten konnte, standen die Sicherheitskräfte mit einem sofortigen Haftbefehl vor seinem Haus.

SPIEGEL: Ihr Mandant muss nur noch sechs Monate Haft überstehen. Warum riskiert er da jetzt sein Leben?

Molai: Akbar Gadschi ist ein mutiger Mann, der bis zum Schluss kämpft. Sein Leben ist das einzige Mittel, mit dem er noch für sein Recht streiten kann. Der Fall ist erst gelöst, wenn er frei ist.

SPIEGEL: Angeblich bemüht sich sogar der scheidende Staatspräsident Chatami um eine Lösung. Würde Gadschi eine Begnadigung akzeptieren?

Molai: Er würde niemals um Begnadigung bitten, das käme für ihn einer Anerkennung des Unrechtsurteils gleich. Akbar Gadschi besteht auf seiner bedingungslosen Freilassung.



Häftling Gadschi

KHODEMAN FARZANEH / ABACA



IRA-Anschlag in Enniskillen (1987)

tischen Konfliktparteien seit Jahren geforderte Erklärung wurde möglich, weil die politische Vertretung der IRA, die republikanische Partei Sinn Féin unter ihrem Chef Gerry Adams, bei Wahlen in Nordirland und auch in der Irischen Republik so gut abschnitt, dass sie demnächst in beiden Regierungen vertreten sein dürfte. Zudem hatten sich die IRA-Kämpfer spätestens durch spektakuläre Verbrechen – zuletzt den Belfast Bankraub mit einer Beute von 26,5 Millionen Pfund – politisch selbst erledigt. Der nervtötende Belfast Parteienstreit zwischen Protestanten und Katholiken wird allerdings noch geraume Zeit weitergehen: Die protestantischen Anhänger der Union mit London bezweifeln, dass sich die IRA wirklich entwaffnen will.

CHRIS BACON / EMPICS

SLOWAKEI

Mauer gegen Roma

Ein Beschluss der Stadtväter in Prešov schadet dem Ruf des Landes als liberaler Musterschüler und wirtschaftlicher Senkrechstarter. Der Rat der 90 000 Einwohner zählenden ostslowakischen Stadt, die einen schönen Renaissance-Kern besitzt und auf Tourismus angewiesen ist, beschloss vorige Woche, eine Mauer um eine Roma-Siedlung zu bauen; im Viertel Stara Tehelnia leben knapp 1200 Roma in Sozialwohnungen, fast alle sind arbeitslos. Anwohner hatten sich mit einer Petition an den Stadtrat gewandt, die armen Nachbarn würden ihre Vorgärten verwüsten und auch stehlen. „Die Stimmung radikalisiert sich von Tag zu Tag“, sagt Bürgermeister Milan Benč. Deshalb sei die Mauer nötig. Es könne jedoch nicht die

Rede davon sein, die Roma würden in ein Ghetto gepfercht; es gebe schließlich eine Einfahrt und einen Zugang für Fußgänger. Ein ähnliches Sperrwerk im tschechischen Ústí nad Labem hatte im Jahr 1999 im In- und Ausland Protest ausgelöst, schließlich musste es abgerissen werden. In der Slowakei leben schätzungsweise 300 000 Roma, die meisten unter erbärmlichen Bedingungen. Sie werden besonders hart von den Sozialkürzungen getroffen, die die Regierung in Bratislava durchsetzte.



Abriss der Wand in Ústí nad Labem (1999)

SEAN GALLUP / SPECTRUM PICTURES

ISRAEL

Rabbis gegen Sharon

Radikale Rabbiner heizen den Kampf der Siedler gegen die Räumung des Gaza-Streifens an. Sie verdammen den Plan als „teufliches Dekret“ und fordern Soldaten auf, den Evakuierungsbefehl zu verweigern. Manche Religionsgelehrte schüren zudem den Hass auf Regierungschef Ariel Sharon und schrecken vor einem Todesbann nicht zurück.

In der vorigen Woche verbündeten sich einige fanatische Rabbiner mit einschlägig bekannten Rechtsextremisten zu einem kabbalistischen Fluch gegen den Premier. Die Männer trafen sich nachts bei Vollmond auf einem Friedhof im Norden Israels und sprachen zusammen die angeblich todbringende Formel: „Wir rufen die Engel der Zerstörung auf, das Schwert gegen Ariel Sharon zu richten.“

Beteiligt an dem düsteren Ritual war der Rabbiner Josef Dajan, der bereits 1995 denselben Fluch gegen den damaligen Premierminister Jizchak Rabin ausgesprochen hatte; einige Wochen später war Rabin von einem religiösen Fanatiker ermordet worden. Der israelische



FOCUS 2000 / ISRAEL SUN

Generalstaatsanwalt prüft nun, ob der neuerliche Todesschwur als Aufruf zum Mord verfolgt werden kann. „Wir können uns keine zweite Ermordung eines Ministerpräsidenten leisten“, kritisierte der frühere Rabin-Berater Eitan Haber und forderte die Justiz auf, auch gegenüber den Rabbinen endlich „die Samthandschuhe“ ausziehen.

Doch das Justizministerium kündigte bisher lediglich in einem Fall Disziplinarverfahren an. David Meir Drukman, ein staatlich angestellter Rabbiner bei Haifa, hatte öffentlich angedroht, dass „Tausende von Juden das Gesetz brechen“ und durch die Polizeisperren hindurch zu den Gaza-Siedlungen vordringen würden. Die sollen ab Mitte August geräumt werden.



Rabbi Dajan, Gegner des Abzugs aus dem Gaza-Streifen

KAFRI NIR / GAMMA / STUDIO X